Antrag 80/I/2022 Jusos LDK Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:

Klare Kante gegen Angriffskriege – Kriegstreiber aus der SPD

1 Mit dem Einmarsch in die Ukraine hat Präsident Putin in

- der Nacht zum 24.2.2022 Tatsachen geschaffen. Die vor-
- 3 gebrachten Gründe für diesen Einmarsch sind faktisch
- 4 falsch.

5

Während die Bundesregierung und alle demokratischen 6 Parteien in Deutschland inzwischen das Verhalten Putins 7 uneingeschränkt verurteilen, schafft es Altkanzler Schrö-8 der weiterhin nicht, sich von seinem indirekten Arbeitgeber und gutem Freund Putin zu distanzieren. Nicht 10 nur bleibt er Aufsichtsratsvorsitzender vom Staatskonzern Rosneft, sondern er schreibt in Statements von Fehlern auf beiden Seiten des Konflikts und spricht damit der Ukraine 13 14 eine Mitschuld an der völkerrechtswidrigen Invasion ihres Landes zu. Eine Kritik in der angemessenen Schärfe bleibt 15 zu vermissen. Sein Verweis darauf, dass Sanktionen wirt-16 schaftlich nicht zu sehr schaden dürfen, verliert im Blick 17 auf den Interessenkonflikt als direkt von Wirtschaftssank-

19 20 21

Auch im weiteren Kriegsverlauf, in dem Russlands Krieg
nicht nur die ukrainische Zivilbevölkerung immer stärker
trifft, sondern auch immer mehr Personen und Firmen
ihre Zusammenarbeit mit Russland beenden, ist Schröder nicht bereit, sein Mandat als Aufsichtsratsvorsitzender
von Rosneft aufzugeben. Gleichzeitig bezieht er weiterhin
monatlich mehr als 10.000€ als ehemaliger Kanzler und
bleibt auch Mitglied der SPD.

tionen betroffener Aufsichtsratsvorsitzender jede Basis.

29

31

Ein solches Verhalten ist nicht nur eines ehemaligen Kanzlers des demokratischen Deutschlands unwürdig, es hat auch im Wertekanon der SPD keinen Platz.

32 33

Das Verhalten von Altkanzler Schröder kann nicht weiter 34 35 als Teil der SPD stattfinden. Neben dem Leid, welches er damit Demokrat*innen in der Ukraine und in ganz Europa zufügt, schadet er damit direkt der SPD, weil seine Aussa-37 gen direkt mit der SPD verbunden werden und viele sie als 38 Teilmeinung der SPD wahrnehmen können. Die SPD unterstützt keine Autokrat*innen und keinen Angriffskrieg. 40 41 Solange sich Gerhard Schröder weiter gegen diese Positionen äußert und weiter Gelder von russischen Staatsunternehmen bezieht, schadet er der SPD. 43

44

46 47

45 Forderungen:

- Ein Parteiausschluss Schröders
- · Die Anstellung in lobbyistischen, leitenden oder re-

Empfehlung der Antragskommission Erledigt bei Annahme 82/I/2022 (Konsens) 48 präsentativen Positionen bei staatlichen Unternehmen von Ländern wie Russland, die Angriffskriege 49 führen oder Menschenrechte missachten, wird per 50 Unvereinbarkeitsbeschluss als nicht mit einer SPD-51 Mitgliedschaft vereinbar festgelegt 52 • Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für ein En-53 de der Finanzierung des Büros Schröders durch den 54 55 Bundeshaushalt ein 56